

Peter Helmes

Asyl

Fakten

Fehler

Fragen



Peter Helmes

Asyl

Fakten, Fehler, Fragen

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin

1. Auflage Juni 2016

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 – 299 44 01 – Telefax: 040 – 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
IBAN: DE 86 2001 0020 0033 3332 05 – BIC: PBNKDEFF

Druck:
SZ-Druck & Verlagsservice GmbH – Urbacher Straße 10 – 53842 Troisdorf

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

INHALT

Seite

Die Wahrheit über das Ausmaß der Flüchtlingswelle	5
Anklage Nr. 1: Unklarheit über die Zahl der Flüchtlinge	10
Anklage Nr. 2: Unklares Asylverfahren	15
Anklage Nr. 3: Nicht oder falsch geschätzte Kosten	19
Anklage Nr. 4: Unterschätzte bzw. verharmloste Kriminalität	22
Anklage Nr. 5: Unterschätzte Gefahr des Terrorismus	24
Anklage Nr. 6: Überschätzte Zahl der Arbeitsplätze durch Flüchtlinge	26
Anklage Nr. 7: „Der Islam gehört – nicht – zu Deutschland“	27
Anklage Nr. 8: Europäische Sicherheitspolitik – Hilflose Sicherheitspolitiker	30
Anklage Nr. 9: Überforderte Sozialsysteme	40
Anklage Nr. 10: Autokratischer Politikstil	41
Der Autor	44

Unwahrheit statt Wahrheit über das Ausmaß der „Flüchtlingswelle“

Es ist eine Zahl, die schockiert: 2015 beantragten 1.294.000 Flüchtlinge und Migranten Asyl in Europa, davon 476.000 in Deutschland. Die Zahl der im Jahr 2015 tatsächlich nach Deutschland eingereisten Flüchtlinge und Migranten ist aber deutlich höher, aufgrund des Bearbeitungsrückstaus in den deutschen Asylbehörden konnte nur knapp die Hälfte bereits 2015 einen Asylantrag stellen.

Fast alle kommen aus fremden Kulturen und uns völlig fremden Wertvorstellungen. 2016 werden (nach Schätzungen seriöser Fachleute) möglicherweise noch einmal mehr als zwei Millionen fremder Menschen nach Deutschland kommen. Noch deutlicher: Allein im Jahre 2015 passierten ca. 1,3 Millionen „Einwanderer“ die ungeschützten Grenzen Europas. Sie sind zum allergrößten Teil weder Flüchtlinge noch Asylberechtigte. 300.000 von ihnen sind „verschwunden“.

„Deutschland 2016 muß sich auf diese Millionen einstellen.“ Das behaupten jedenfalls Mainstreammedien und Politiker der „etablierten“ Parteien unisono. Muß? Alternativlos? – Sicher nicht. Es zeigt aber, daß diese ahnungslos handelnden Medien und Volksvertreter überhaupt kein Interesse daran haben, die Fluchtursachen zu bekämpfen, sprich: darüber nachzudenken, wie diese Fremden gar nicht erst veranlaßt werden, nach Deutschland zu kommen.

Nicht nur Deutschlands, erst recht Europas Regierende sind gefordert. Ein neues, kollektives und vereintes Herangehen an diese Frage ist dringend notwendig. Der eilig zusammengeschusterte Deal zwischen der EU und der Türkei zur Rücksendung von Syrern für Geld und politische Belohnungen für Ankara scheint gescheitert. Der europafeindliche Präsident der Türkei, Erdogan, lehnt es ab, die Bedingungen der EU zu erfüllen. An den Grenzen im Südosten Europas sind Mauern und Barrieren hochgezogen worden. In Österreich ist die politische Mitte zusammengebrochen. In Deutschland nimmt die Polarisierung in der Migrationsdebatte immer mehr zu. Und wir Bürger hören nur die Durchhalteparole: „Wir schaffen das.“

Alles begann mit Vertragsbruch und Vertuschung...

... und es endete im Chaos: die Flüchtlingskrise. Es gab Fälschungen und Unterschlagungen durch Politik, Sicherheitsorgane und Medien bei der Berichterstattung über die Vorfälle von Köln und

anderswo. Täglich erfahren wir von Gewalttaten, ohne von den selbstzensurierten Medien über die Herkunft der Täter informiert zu werden. Nach dem Prinzip, „was nicht sein kann, das nicht sein darf“, werden Falschmeldungen und Verniedlichungen alltäglich.

Doch allmählich bahnt sich die Wahrheit ihren Weg, nicht zuletzt „nach Köln“. Und die Erkenntnis reift, daß Merkels Weg, höflich ausgedrückt, eine Sackgasse ist: **Am Ende steht das Ende der deutschen Nation.**

Vier Sätze Merkels waren es, an denen Deutschland und Europa scheitern könnten:

- „**Asyl kennt keine Obergrenze.**“
- „**Wir schaffen das.**“
- „**Wir können keinen 3.000-km-Zaun bauen.**“
- „**Es steht nicht in unserer Macht (zu bestimmen), wie viele Menschen nach Deutschland kommen.**“

Hilflos, uninformiert und verunsichert blieb der Bürger zurück. Er wurde nicht gefragt, zum Beispiel ob Merkel diesen Flüchtlingsdeal eingehen soll, ob er eine vornehmlich islamische Flüchtlingswelle will, ob er die Visafreiheit der Türken möchte usw. Die politische Klasse agierte hinter dem Rücken der Bürger.

Kein Multikulti-Mischmasch, sondern Vielfalt der Kulturen beachten

Unberücksichtigt blieb eine wichtige Lebensweisheit: Weil Vielfalt das Schicksal der Menschheit ist, gibt es verschiedene Länder, Völker und Kulturen. Das zu berücksichtigen und die eigene Kultur zu bewahren, ist eine unverzichtbare Aufgabe der politischen Kräfte eines Landes. Das haben die politischen Akteure in Berlin, Brüssel und anderen Hauptstädten wohl nicht richtig verstanden. Sie begreifen offensichtlich nicht, daß „Durchmischung“ eine Nation zerstört oder umwandelt – zu Lasten der gewachsenen Kultur.

Ich habe nichts gegen Vielfalt, aber ich habe gewaltig etwas dagegen, daß mein bisheriges Leben durch Muslime eingeschränkt wird. Und das sind nicht nur die unwichtigen Dinge des Alltags, da geht es auch um unsere Grundrechte, nicht nur unsere Pflichten, sondern auch unsere Rechte, um unser Grundgesetz, um unsere Kultur.

Peter Helmes
Hamburg, im Juni 2016

Tarnen, täuschen, tricksen, verschweigen, vertuschen

Vorbemerkung: Der Hauptvorwurf für die Verantwortung der Flüchtlingskrise gilt uneingeschränkt der deutschen Bundesregierung und den dem Zeitgeist unterworfenen Medien. „Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen“ – dies schien bis vor wenigen Tagen das Motto, das sich durch die politische und mediale Traumwelt zog.

Da wird sowohl die Eidesformel vor Gericht – *„ich gelobe, die Wahrheit zu sagen und nichts als die Wahrheit, so wahr mir Gott helfe“* – als auch die Eidesformel der Ministervereidigung (Amtseid) – *„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe!“* (Art. 56 Satz 2 GG) – zur Leerformel.

Erst hat „niemand von nichts“ etwas gewußt, dann waren es „böse Stimmen“, die behaupteten, es rolle eine Migrationswelle auf uns zu. Bei Problemen handelte es sich „gewiß um Einzelfälle“, die mit den eigentlichen Flüchtlingen nichts zu tun hätten. Und ganz gewiß waren es „Faschisten“, „Hetzer“ und „Pack“, die die Flüchtlingssituation in einem falschen Licht darstellten.

Erst die letzte Silvesternacht zu Köln und anderen Städten ließ das linke Traumgebäude von den „braven Migranten“ zusammenfallen. Sie waren eben nicht alle brav, sondern bilden noch immer eine Herausforderung an unsere Gesellschaft. Die Gutmenschen haben ausgedient, werden aber nicht freiwillig Platz machen.

Ursache der Flüchtlingskrise: Angela Merkel's „Wir schaffen das!“

Die deutsche Bundeskanzlerin hat durch diese ihre Einladungsrhetorik und ihre Abwehrhaltung gegen Obergrenzen und Grenzkontrollen Hunderttausende, ja Millionen, ermutigt, sich auch auf den Weg nach Europa, nach Deutschland zu machen.

Sie ließ Deutschlands und Europas nationale und kulturelle Grenzen ungeschützt. Diese Grenzen jedoch sollen uns in Not- und Krisenzeiten Schutz bieten. Maßnahmen, die uns vor Schockwellen schützen, sind deshalb Grenzen und kontrollierbare Systeme. Grenzen sichern letztendlich die innere Sicherheit und bewahren die Bevölkerung im inneren des Kreises vor Unheil von außen und kultureller Gefährdung.

Grenzen wollen in erster Linie nicht ausgrenzen, sondern primär den inneren Bereich schützen. Dies zeigt, wieso Völker gut beraten sind, sich ihrer kulturellen Prägungen bewußt zu werden. Kulturelle Gebilde sind in erster Linie Schutzräume.

Viele kritisieren Merkels Statement, der Islam gehöre zu Deutschland, mit den längst überfälligen Hinweisen darauf, daß dies erstens das deutsche Volk ganz anders sieht (zwei Drittel der Deutschen, so der FOCUS, wollten hier keinen Islam), daß Merkel zweitens ihr Volk hätte fragen müssen (was sie nicht tat), und daß es drittens völlig unklar sei, welchen Islam Merkel als zu Deutschland zugehörig empfindet: den Scharia-Islam Saudi-Arabiens oder Irans, den Fundamental-Islam der Moslebrüder bzw. den der IS – oder ob sie fortschrittliche Moslems meint, die (entgegen den Forderungen des Koran) für eine Gleichheit zwischen Mann und Frau einträten und die Scharia ablehnten.

„Christliche“ Anbiederung

Ein Auszug aus einem Bericht des gerade in diesen Fragen besonders verdienstvollen „Gatestone-Instituts“ verdeutlicht sehr anschaulich, was im Argen liegt und wie Gutmenschen – gewiß in guter Absicht – der Gesellschaft letztlich schaden:

„...Papst Franziskus sagte bei seinem jüngsten Besuch auf der griechischen Insel Lesbos, daß Europa auf die Migrationskrise mit Lösungen reagieren müsse, die „der Menschheit würdig“ sind. Er beklagte zudem „die dichte Wolke der Gleichgültigkeit, die die Herzen und Seelen verdüstert“. Der Papst demonstrierte dann, was er für eine „der Menschheit würdige“ Reaktion hält, indem er 12 syrische Muslime in seinem Flugzeug mit nach Italien nahm. „Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber nach diesem Tropfen wird der Stein nie mehr derselbe sein“, sinnierte der Papst.

Die Rede des Papstes beinhaltet nicht einen einzigen Hinweis auf die schweren Konsequenzen muslimischer Migration auf den europäischen Kontinent für die Europäer (...). Der Papst reiste zurück in seine praktisch migrantenfreie Vatikanstadt – diese 12 syrischen Muslime werden von Italien beherbergt, nicht vom Vatikan, auch wenn der Heilige Stuhl sie unterstützen wird – und überließ es den gewöhnlichen Europäern, mit den Folgen der „Zunahme der Zivilisation der Liebe“ zurechtzukommen.

Es gibt nichts Freieres in dieser Welt, als selbst nicht zu praktizie-

ren, was man predigt; und was der Papst predigt, ist die Aufnahme von weiteren Migranten in Europa und noch mehr Migranten.

(Siehe: <http://www.cruznaw.com/church/2015/09/06/pope-opens-the-vatican-to-refugees-calls-on-europes-churches-to-follow-suit/>).

(...) Von der gleichen Arg- und Ahnungslosigkeit scheinen auch die Bundesregierung und die EU-Kommission befallen zu sein; denn wir, die Bürger, sehen mit Entsetzen die realen Folgen des Flüchtlingsstromes, werden aber tagtäglich entweder im Unklaren gelassen oder getäuscht. „Die Migranten sind ein Segen“, scheint die durchgängige Meinung der Polit-Klasse zu sein – in Deutschland wie in EU-Europa.

Die politische Agenda der EU-Kommission ist klar:

Islamisierung Europas, massive Einwanderung von meist moslemischen Immigranten, Auflösung der Nationalstaaten des ältesten Kulturkontinents der Welt, Gleichschaltung aller Kulturen (verkauft als eine Politik, die Europa angeblich noch bunter werden lassen soll), Zerstörung der christlichen Wurzeln und der familiären Strukturen unseres großartigen Kontinents. **Es ist das Programm des Neomarxismus, wie er sich in der Politik der meisten sozialistisch geführten Länder Europas niedergeschlagen hat.**

Noch schlimmer: Die heutigen „politisch korrekt handelnden“ Politiker – und die sitzen nicht nur in der Linkspartei – weisen einen ausgesprochenen „Rassismus“ gegen ihre eigenen Völker auf: Sie werfen den Kritikern ihrer Massenimmigrations-Politik regelmäßig Fremdenfeindlichkeit vor, ihre eigene Politik erfüllt jedoch fortwährend den Tatbestand der Feindlichkeit gegen das eigene Volk. Und das ziehen sie gegen den Willen der Mehrheit ihrer Völker durch. Dazu braucht Brüssel hingegen keine Panzer wie in den zusammengebrochenen sozialistischen Paradiesen. Die EU-Kommissare können per schierer Finanzmacht jedes kleine und mittlere EU-Land in die Knie zwingen.

Nach dieser Einleitung nun zu konkreten Fakten und Problemen der Flüchtlingsmisere:

Die zehn wichtigsten Anklagen gegen Merkels Flüchtlingspolitik

*** Anklage Nr. 1: Unklarheit über die Zahl der Flüchtlinge**

2015 wurden bundesweit 1.091.894 Zugänge im sogenannten EASY-Erfassungssystem registriert. Im Januar 2016 waren es 91.671, im Februar 61.428, im März 20.608 Asylbewerber, im April knapp 16.000 Asylbesucher.

2015 kamen 428.468 Syrer. Im Januar 2016 wurden 35.822 syrische Flüchtlinge registriert, im Februar 24.612, im März 6.053.

Bereits im November 2015 schätzte die Europäische Union in ihrer von der Europäischen Kommission ausgegebenen Wirtschaftsprognose vom Herbst 2015, weitere drei Millionen Migranten würden es bis Ende 2016 in die Europäische Union geschafft haben.

Da darf man gewiß erinnern, daß dabei die ständige Behauptung der Bundesregierung, vieler Medien und besonders der Kirchen im Raum steht, es ginge „nur um 1 Million Flüchtlinge, die unter 500 Millionen EU-Bürgern Platz finden müßten“. Hierzu schreibt der DAV:

„Auch die Verbuchung von „500 Millionen“ auf europäischer Seite ist irrig. Von der EU-Bevölkerung entfallen 45,8% auf die östliche und südliche Peripherie, mit relativ armen, wachstumsschwachen und überschuldeten Volkswirtschaften. Einen Eindruck der großen Disparitäten im Innern Europas gibt ein *Vergleich der Mindestlöhne* (Stand Januar 2016):

Luxemburg 11,12 Euro, Frankreich 9,67 Euro, Deutschland 8,50 Euro, Spanien 3,97 Euro, Griechenland 3,35 Euro, Polen 2,55 Euro, Ungarn 2,06 Euro, Bulgarien 1,25 Euro. Ein weiterer wichtiger Indikator sind die Arbeitslosenzahlen, besonders der 15–24-Jährigen: In Griechenland liegen sie bei 48,6 %, in Spanien bei 46,0 %, in Italien bei 37,9%.

Es ist der blanke Hohn, wenn man einem Land wie Spanien mangelnde europäische Solidarität vorhält, weil es zu seiner eigenen Jugendarbeitslosigkeit nicht noch weitere Zehntausende Migranten aufnehmen will – die zudem aus der gleichen prekären Altersstufe kommen. *Solche Disparitäten zeigen, daß das Bild eines „europäischen Wohlstandsraums von 500 Millionen EU-Bürgern“ eine Fiktion ist.* Das

reflektieren auch die Migrationsbewegungen selber: Sie richten sich keineswegs auf diesen Gesamttraum, sondern nur selektiv auf einige prosperierende Länder.

Die Migrationswelle ist kein singuläres Ereignis, sondern Teil eines längeren sozialen Prozesses. Ihr Ausgangspunkt ist eine fundamentale Schiefelage zwischen der demographischen Entwicklung und den wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Zugleich ist auch „Europa“ eine trügerische Größe, denn es wird durch weltweite Entwicklungstrends in seiner führenden Rolle relativiert. *So ist der Anteil der Länder der Europäischen Union am weltweiten Bruttoinlandsprodukt von 23,4% (2004) auf 18,4% (2014) gefallen. Europas Möglichkeiten werden also tendenziell nicht größer sondern kleiner.*

(Quelle: http://www.deutscherarbeitgeberverband.de/aktuelles/2016/2016_05_02_dav_aktuelles_kurzschluss.html)

Klassische Leugnung der Fakten

Ungetrückt stellt hingegen die EU-Kommission optimistisch fest: *„Die Asylsuchenden sind zwar ungleichmäßig über die Länder verteilt, aber die geschätzten öffentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit ihnen ist für die meisten EU-Mitgliedsstaaten beschränkt.“* Sie kam sogar zu dem Schluß, daß die Migrationskrise in ein paar Jahren durchaus einen kleinen positiven Einfluss auf die europäische Wirtschaft haben könnte; dazu führte sie an: „Die Forschung deutet darauf hin, daß nicht aus der EU kommende Migranten weniger individuelle Leistungen erhalten, als sie an Steuern und Sozialabgaben beitragen“

(siehe http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2015_autumn/box1_en.pdf).

Das ist die klassische, politisch korrekte Leugnung der Fakten, wie auch aus Folgendem hervorgeht:

Bis zu 200.000 neue Flüchtlinge warten schon in Libyen

„Gerade ist die Flüchtlingskrise möglicherweise etwas entschärft, da drohe ein weiterer Zustrom aus Afrika, warnt Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU). In Libyen warten Tausende auf ihre Überfahrt nach Europa.“

(Quelle: 08.04.16: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article154128211/Bis-zu-200-000-neue-Fluechtlinge-warten-schon-in-Libyen.html>)

In Klartext: UN und Bundesregierung rechnen mit 100.000 – 200.000 Flüchtlingen aus Libyen nach Europa. Daran bestehe kein Zweifel, erklärte nun auch der UN-Sondergesandte für das nordafrikanische

Land, Martin Kobler. (Gemäß dem französischen Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian liegt die Zahl allerdings weit höher: 800.000 Migranten warteten nach seiner Meinung aktuell auf libyschem Staatsgebiet darauf, das Mittelmeer zu überqueren.) Allein im ersten Quartal 2016 seien schon 24.000 Menschen aus Libyen nach Europa aufgebrochen

(Quelle: 01.05.2016, 08:29 Uhr | AFP, t-online.de)

Zahl der Flüchtlinge aus Syrien

„Ärzte aus Syrien“

Die von der Politik beschworenen „Fachkräfte“ unter den Flüchtlingen machen sich rar. Bis zum März hat das „Netzwerk Integration“ durch Qualifizierung 7.000 Syrer beraten, die ihren Beruf anerkennen lassen möchten. Darunter waren 1.031 Ingenieure, 190 Ärzte und 509 Lehrer.

Zahl der Flüchtlinge aus dem Maghreb

2015 kamen 13.833 Menschen aus Algerien, im ersten Quartal 2016 weitere 2.038. Aus Marokko kamen 2015 10.258 Migranten, im ersten Quartal 2016: 2.122. Aus Tunesien kamen 1.945 im letzten Jahr, bis zum 31.3.2016 insgesamt 275 weitere.

Flüchtlinge, die noch auf der Balkan-Route aufgehalten sind

Amnesty International schätzt, daß 46.000 Menschen nach Schließung noch immer in Griechenland auf eine Weiterreise warten. Mindestens 200.000 warten laut Innenministerium in Libyen.

Zahl der Minderjährigen ohne Eltern (Fachbegriff: MUFL)

(Als „MUFL“ gilt ein unbegleiteter, minderjähriger Flüchtling, abgekürzt: „umF“ bzw. „MUFL“, der ohne Begleitung eines für ihn verantwortlichen Erwachsenen aus dem Ausland eingereist oder im Inland ohne Begleitung zurückgelassen worden ist.)

2015 wurden in Deutschland insgesamt 14.439 Asylanträge von unbegleiteten Minderjährigen gestellt. Insgesamt sind 90.000 unbegleitete Kinder und Jugendliche 2015 nach Europa geflohen.

5.835 geflüchtete Kinder- und Jugendliche sind im Jahr 2015 in Deutschland dauerhaft als vermißt gemeldet worden. 2013 waren dies nur 195, im Jahre 2014 bereits 1.272. Die meisten vermißten Minderjährigen kamen aus Afghanistan, Syrien, Somalia, Eritrea, Marokko und Algerien. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß ein Teil der Minderjährigen Opfer von Menschenhandel wird bzw. geworden ist (Quelle: <http://www.b-umf.de/>).

Freiwillig zurückgekehrte Flüchtlinge

In den ersten drei Monaten 2016 verließen fast 14.100 Flüchtlinge Deutschland freiwillig – mehr als dreimal so viele wie im Vorjahreszeitraum! Die meisten von ihnen kehrten laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach Albanien, Serbien und in den Kosovo zurück.

Grenzzäune

Aktuell gibt es einen rund 65 km langen Grenzzaun an der bulgarisch-türkischen Grenze. Bulgarien plant, den Zaun bis Ende des Jahres auf 160 km zu verlängern. Einen weiteren Zaun gibt es an der ungarisch-serbischen bzw. ungarisch-kroatischen Grenze (175 km). Ungarn plant derzeit einen weiteren Grenzzaun in Rumänien.

Qualifikation von Flüchtlingen

In einer Umfrage des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unter 220.000 Flüchtlingen über 18 Jahren haben 40 Prozent der Befragten angegeben, keine Schule oder lediglich eine Grundschule besucht zu haben. Jeder Fünfte habe ein Gymnasium oder Ähnliches besucht, rund 18 Prozent eine Universität.

„1-Euro-Job-Flüchtlinge

In Bayern haben seit vergangenem August mehr als 9.000 Asylsuchende solche Arbeiten (20 Wochenstunden, 1,05 Euro pro Stunde) angenommen. In Mecklenburg-Vorpommern waren es mehr als 5.000, in Berlin üben aktuell fast 4.000 Flüchtlinge solche Hilfstätigkeiten aus.

„Grenzen schließen“– Blick über die deutschen Grenzen zu den europäischen Nachbarn

„Conservo“-Kolumnistin Karin Zimmermanns Blick über Deutschlands Außengrenzen zu den europäischen Nachbarstaaten zeigt, daß es auch anders geht. Endlich, endlich regt sich Widerstand. Europäische Staatschefs sind es, die dem Untergang Europas (zumindest zunächst) ein Ende bereiten. Hier nur einige europäische Positionen:

Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei – also die Visegrad-Staaten – sind unisono für ein härteres Vorgehen. Sie haben ihre Außengrenzen faktisch geschlossen.

In Dänemark sagte Migrationsministerin Inger Støjberg: „*Wir tun alles, damit Migranten sich in Dänemark nicht wohlfühlen*“. Die „Junge Freiheit“ vom 04.09.2015 berichtet von einer Halbierung der Sozialleistungen für Zuwanderer in Dänemark.

In der Slowakei erklärte Außenminister Lajcak: „Solange eine gemeinsame europäische Strategie fehlt, ist es legitim, daß die Staaten auf der Balkanroute ihre Grenzen schützen“

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/daenemark-migrationsministerin-ist-fuer-maximale-abschreckung-a-1071695.html>.)

Großbritannien hat zwar zugesichert, in den kommenden fünf Jahren 20.000 Menschen aus dem Bürgerkriegsland aufzunehmen, will sich aber weiterhin nicht an europaweit verbindlichen Quoten beteiligen. Darüber hinaus verschärfte die britische Regierung die Sicherheitsbestimmungen an der Grenze, schickte zusätzliche Polizisten und Spürhunde an den Tunnel und kündigte den Bau weiterer Zäune an. Davon gehe ein klares Signal aus, heißt es in dem Beitrag „Unsere Grenzen sind sicher.“ Es gebe keinen einfachen Weg in das Vereinigte Königreich, heißt es darin weiter. **Der britische Politologe Anthony Glee kritisierte den deutschen Kurswechsel in der Asylpolitik scharf.** In einem Interview im Deutschlandfunk behauptet er, daß die Briten kein Verständnis dafür hätten.

„**Viele meinen, die Deutschen haben hier ihr Gehirn verloren**“, sagt Glee. Er empörte sich besonders darüber, daß Deutschland EU-Gesetze außer Kraft setze – obwohl es gerade in der Griechenland-Krise auf die Einhaltung der Regeln bestanden hatte. Deutschland verhalte sich als „Hippie-Staat“, der nur von Gefühlen geleitet werde, kritisiert er.

Österreich

Die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner drängt vor allem Griechenland, seine Grenzen wirksam zu sichern, um die unkontrollierte Weiterreise Richtung Mitteleuropa zu unterbinden. Würde das nicht erfolgen, würde sich die Schengen-Außengrenze der EU Richtung Mitteleuropa verschieben. Sie erklärte, daß Österreich auf einer permanenten Schließung der Balkanroute für Flüchtlinge beharre. *„Die Balkanroute bleibt geschlossen und zwar dauerhaft. Der unkontrollierte Massenzustrom über diese Route muss Geschichte sein.“*

„Unbeschadet aller Stimmen aus dem Ausland fährt die deutsche Kanzlerin fort, die Wirklichkeit schönzureden – immer wieder lebt sie in einer Welt, die mit der Realität kaum etwas zu tun hat. Immer wieder beschwört sie eine „europäische Lösung“, obwohl jeder, der die Augen offen hat, sehen muss, daß diese ein Traum bleiben wird. Das erkennt man auch an dem EU-Beschluß, 160.000 Migranten auf die EU-Staaten

zu verteilen. Nach mehreren Monaten war es gelungen, gerade mal 272 (!) zu verteilen“ (Handelsblatt vom 13.01.2016).

Realistisch gesehen bedeutet das:

- 1. Es wird keine europäische Lösung geben!**
- 2. Deutschland ist in der EU isoliert!**
- 3. Die deutsche Flüchtlingspolitik ist für andere EU-Staaten nicht nachvollziehbar!**
- 4. Einzelne Staaten haben untereinander abgestimmte Maßnahmen zur Beendigung des Flüchtlingsstromes nach Europa beschlossen und realisiert.**

*** Anklage Nr. 2: Unklares Asylverfahren**

Vorbemerkung: Flüchtlinge und die undemokratische EU

Die EU plant hohe Strafen – bis zu 250.000 Euro – für Staaten, die sich weigern, Flüchtlinge aufzunehmen und sich der Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen des EU-Umsiedlungsprogramms verweigern. Laut einer neuen Asyl-Verordnung sollen bis zu 250.000 Euro Strafe pro nicht aufgenommenen Flüchtling fällig werden.

Betroffen wären Länder, die sich nicht an EU-Umsiedlungsprogrammen für Flüchtlinge beteiligen. So lehnen z.B. Polen, Tschechien und die Slowakei bisher einen dauerhaften Verteilungsmechanismus von Flüchtlingen in der EU ab. Damit wurde die EU das, was sie einst abzuwehren gedachte: **Ein undemokratisches Zwangssystem, das kein Mandat von den EU-Bürgern hat.**

Mit der finanziellen Drohung hofft die EU-Kommission nun offenbar, den nötigen Druck zur Umsetzung zu erzeugen. EU-Kommissar Timmermans sagte, man habe diesen Betrag nicht willkürlich gewählt. 250.000 € koste es einen Staat und seine Kommunen, wenn ein Flüchtling fünf Jahre lang untergebracht werde, mit Ausbildung, Versorgung medizinischer Betreuung und so fort.

Allerdings, das sei der Fairness halber erwähnt: Diese absurde Forderung kommt von der EU-Kommission, der EU-Rat muß das noch genehmigen – was hoffentlich eine Illusion bleibt. Der polnische Außenminister hat das bereits einen „Aprilscherz“ genannt. Daß die Visegrad-Staaten das ablehnen, ist ja klar. Ich glaube auch kaum, daß es viele andere EU-Länder gibt, die sich so etwas vorstellen können.

(Vorsicht, Satire!) Vielleicht habe ich das nicht richtig verstanden!

Die 250.000 € sind ja wohl nur die notwendige Anschubfinanzierung. Das Geld kommt spätestens nach 50 Jahren tausendfach zurück! Jawoll! Genauso wie jeder vom Staat „investierte“ Euro hier im Land einen Investitionsschub von zumindest € 10,- auslöst! Das erklären uns schließlich „unsere“ Politikerdarsteller tagtäglich, und wir braven Staatsbürger glauben das natürlich. Wir folgen der „Großen Vorsitzenden“ in Berlin bis in den Untergang. Alternativlos! (Satire Ende)

Zahlen für Deutschland: Dauer und Umstände eines Asylverfahrens

Die durchschnittliche Verfahrensdauer beim Bundesamt liegt aktuell bei 5,8 Monaten. Es mußte ein massiver Rückstau abgearbeitet werden. Die durchschnittliche Verfahrensdauer lag im Jahr 2015 bei 5,2 Monaten.

Dauer des Aufenthaltes in Erstunterkünften

In den Stadtstaaten bleiben die Asylsuchenden häufig länger als sechs Monate in den Erstunterkünften, weil es an Wohnraum fehlt. In den ostdeutschen Flächenländern hingegen können die Asylsuchenden in der Regel nach sechs bis acht Wochen die Erstunterkunft verlassen.

Zahl der entschiedenen Asylanträge

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat im ersten Quartal 2016 über die Anträge von 150.233 Personen (Vorjahresquartal: 58.046 Entscheidungen, + 158,8 %) entschieden. 92.577 Personen wurden anerkannt.

Zahl der noch zu entscheidenden Asylanträge

Ende April lag die Zahl der nicht entschiedenen Anträge bei mehr als 430.000, dazu kommen noch knapp 300.000 noch nicht gestellte Anträge registrierter Flüchtlinge.

Zahl der Asylanträge im April um gut 124 Prozent gestiegen

Im April 2016 sind beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt 60.943 Asylanträge gestellt worden: Dies bedeutet einen Anstieg um 124,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat April 2015, teilte das Innenministerium mit. Entschieden hat das Bundesamt demnach im April 2016 über die Anträge von 44.395 Personen. Dies bedeutet einen Anstieg von 131,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat April 2015 (19.199 Entscheidungen).

21.557 Personen erhielten die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention (48,6 Prozent aller Asylentschei-

dungen). Zudem erhielten 4.116 Personen (9,3 Prozent) subsidiären Schutz. Bei 276 Personen (0,6 Prozent) wurden Abschiebungsverbote festgestellt. Im EASY-System wurden im Monat April 2016 bundesweit 15.941 Zugänge von Asylsuchenden registriert. Das EASY-System ist eine IT-Anwendung zur Erstverteilung der Asylberechtigenden auf die Bundesländer. Bei den EASY-Zahlen sind Fehl- und Mehrfacherfassungen nicht ausgeschlossen. Hauptherkunftsländer der Menschen, die einen Asylantrag stellten, waren Syrien, der Irak und Afghanistan. (Quelle: dts Nachrichtenagentur / Epoch Times, 9. Mai 2016 10:14)

Zahl der abgeschobenen Flüchtlinge

Im letzten Jahr wurden 20.888 Menschen aus Deutschland abgeschoben. Im Januar und Februar dieses Jahres wurden 4.500 Menschen abgeschoben, doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum.

Ausreisepflichtig sind derzeit fast 210.000, knapp 50.000 davon sofort.

Noch belegte Turnhallen

Bundesweit immer noch rund 700 Sporthallen – mit rückläufiger Tendenz. Zum Jahreswechsel 2015/16 waren es noch rund 1.000. Die meisten Hallen sind weiterhin in Nordrhein-Westfalen (rund 200) und Berlin (61) belegt, in Hamburg wird keine einzige Sporthalle zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt.

Flüchtlinge in Sprachkursen

Der Sprachkurs ist Teil des Integrationskurses. In den ersten neun Monaten 2015 stellte das BAMF fast 200.000 Teilnahme­scheine aus. 72.439 Zuwanderer beendeten den Kurs. Es fehlen nach BAMF-Schätzungen rund 200.000 Plätze für Integrations- und Sprachkurse.

Sonderregelung mit der Türkei

Hierzu schreibt das hochrenommierte Gatestone-Institut in einem süffisanten Artikel u. a.: „Während die Bürokraten der EU sich mit ihren Mitgliedsstaaten wegen deren Widerwillens, den EU-Regulativen zu folgen – die offenkundig nicht dazu gemacht sind, mit einer Migrationskrise dieses riesigen Ausmaßes zurechtzukommen – zanken, hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan damit gedroht, seinen Verpflichtungen unter dem frischen Migrationsdeal zwischen EU und Türkei nicht nachzukommen. Zu diesen Verpflichtungen gehört die Rücknahme aller „irregulären Migranten“, die von der Türkei auf die griechischen Inseln kommen, sowie alle notwen-

digen Maßnahmen zu treffen, um die Eröffnung neuer See- oder Landwege für die Migration aus der Türkei in die EU zu verhindern. „Es gibt exakte Bedingungen. Wenn die Europäische Union nicht die notwendigen Schritte unternimmt, wird die Türkei die Vereinbarung nicht umsetzen“, warnte Erdoğan.

Erdoğan weiß, daß seine Worte in der aktuellen Realität in Europa die Auswirkungen haben, die er beabsichtigt: **Wenn er droht, Europa mit Migranten zu fluten, sollte es nicht tun, was er will, werden die EU-Führer tun, was er sagt.** Allen voran die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, eine der treibenden Kräfte hinter dem Deal zwischen der EU und der Türkei!

Ein weiterer Hinweis darauf, daß Erdoğan keinen Grund hat, ein Fehlverhalten seitens der Europäischen Union bezüglich des EU-Türkei-Deals zu befürchten, besteht darin, daß das EU-Parlament gerade dafür stimmte, Türkisch zu einer offiziellen Sprache der Europäischen Union zu machen

(siehe: <http://www.express.co.uk/news/world/661689/Turkey-EU-member-language>).

(Es gibt derzeit bereits 24 offizielle Sprachen in der EU!)

Alle andere offiziellen und Arbeitssprachen der Europäischen Union sind an Staaten gebunden, die volle EU-Mitglieder sind. Auch wenn die Abstimmung von der EU-Kommission bestätigt werden muss, bevor die Entscheidung in Kraft treten kann, spricht sie Bände über die Fügsamkeit der EU gegenüber Erdoğan.

Mit den Vorkehrungen zum **visafreien Reisen für 80 Millionen Türken** könnte die EU gerade aus der Bratpfanne ins offene Feuer gesprungen sein. Die visafreie Einreise von Türken nach Europa würde Erdoğan völlig freie Hand über die Kontrolle des Zustroms der Migranten nach Europa geben. Darüber hinaus muß jeder, der glaubt Erdoğan würde diese Gelegenheit nicht ausnutzen, gefährlich naiv sein.“

(Quelle: Judith Bergman am 7. Mai 2016, in: <http://de.gatestoneinstitute.org/8010/europa-migrationskrise>. Englischer Originaltext: „Europe’s Migration Crisis: No End in Sight“, Übersetzung: H. Eiteneier)

Die geplante Visa-Freiheit für die Türkei spaltet Europa.

Ihre Kritiker befürchten, daß in den kommenden Monaten eine halbe Millionen Menschen in die EU kommen könnten – und dann auch hier bleiben, um den vielfach immer noch schwierigen Lebensverhältnissen in ihrer Heimat zu entgehen.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die vor einem Scheitern des Flüchtlingsdeals warnen, wenn die EU die Visafreiheit nicht gewährt. Auch dann, so fürchten sie, kämen wieder Hunderttausende Menschen nach Europa. Beide Seiten also fürchten die Überfremdung.

Der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, ist Verfechter der Visafreiheit für die Türken und die treibende Kraft – neben Merkel!

Dies ergibt sich auch aus seiner eindeutigen Rede vom vergangenen Oktober vor dem Grundrechte-Gremium der EU

(den Wortlaut finden Sie hier: http://www.huffingtonpost.de/2016/05/06/frans-timmermans-europa-fluechtlinge-_n_9855310.html)

*** Anklage Nr. 3: Nicht oder falsch geschätzte Kosten**

Was kostet ein Flüchtling?

Vorbemerkung: Es scheint schier unmöglich, genaue, allgemein zutreffende Zahlen zu den Kosten zu erhalten. Wie Sie der folgenden Auswahl von Angaben hierzu feststellen können, gibt es ganz unterschiedliche „Befunde“. Allerdings ist die Tendenz bei allen Quellen ähnlich: Es entstehen durch die Flüchtlingspolitik enorme Kosten von – je nach Zeitraum – 100 bis zu 400 Milliarden Euro. Nur der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß sich die Angaben über Kosten und Zahl der „Einwanderer“ in kaum nachvollziehbarer Geschwindigkeit ändern. Zum Datum der Drucklegung können die Zahlen dieses Manuskriptes (Stand Anfang Mai 2016) wieder anders aussehen.

Verläßlich erscheint mir für den (überschaubaren) Zeitraum von 2016–2020 jedenfalls eine Aufstellung des Bundesfinanzministeriums (BMF) zu sein, die als Grundlage für die Verhandlungen mit den Ländern gedacht ist: Zur Versorgung der Flüchtlinge wird der Bund bis 2020 insgesamt rund 93,6 Milliarden Euro bereitstellen.

(Quelle: <http://www.mmnews.de/index.php/wirtschaft/73660-100-asyll>)

Die Berechnungen enthalten die Ausgaben für Unterbringung und Integration, aber auch für die Bekämpfung von Fluchtursachen in Krisenregionen. Allein für Sozialleistungen bei anerkannten Asylbewerbern, vor allem Hartz-IV-Zahlungen und Mietzuschüsse, veranschlagen die Beamten von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in diesem Zeitraum 25,7 Milliarden Euro.

Für Sprachkurse sind 5,7 Milliarden Euro berechnet, für Eingliederungshilfen ins Berufsleben 4,6 Milliarden. Die jährlichen Kosten steigen von rund 16,1 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 20,4 Milliarden in 2020. (Da sind die Polizeikosten, Gefängniskosten, Terrorkosten, Kosten der Verbrechenopfer usw. noch gar nicht mitgezählt.)

Bei ihrer Schätzung unterstellen die Beamten, daß dieses Jahr 600.000 Flüchtlinge ins Land kommen, nächstes Jahr 400.000 und in den Folgejahren jeweils 300.000. Anmerkung: Diese Schätzungen zur Zahl erwarteter Flüchtlinge erscheint mir allerdings als viel zu niedrig (warum wohl???). Darauf deuten auch die Flüchtlingszahlen hin, die auf den folgenden Seiten angegeben werden.

55 Prozent der anerkannten Flüchtlinge, so die Annahme des BMF, würden nach fünf Jahren einer Arbeit nachgehen. Die Länder beziffern die auf sie entfallenden Kosten in diesem Jahr auf 21 Milliarden Euro. Anmerkung: Auch diese Zahl darf bezweifelt werden; denn Fachleute der verschiedensten Disziplinen schätzen die Zahl arbeitseinsatzfähiger Flüchtlinge auf unter 30 Prozent. Und es gibt Angaben, daß eine gewollte Integration, auch im Sprachbereich, rund sieben Jahre benötigte. All das ist vom BMF nicht berücksichtigt.

Bis 2020 würden diese Kosten auf rund 30 Milliarden Euro jährlich steigen. Die Hälfte davon solle der Bund tragen. Der Bund hält die Forderung der Länder für unzulässig, weil deren Berechnungen nicht nachvollziehbar seien. So unterstelle das Saarland, daß auf jeden seiner Einwohner 90 Euro an Flüchtlingskosten entfallen, Bremen hingegen rechnet mit 700 Euro pro Einwohner. Das BMF ist der Auffassung, daß der Bund mehr als die Hälfte der Kosten schultere. (Bei den Zahlen ist es offensichtlich wie auf einem orientalischen Basar: Alle reden durcheinander und feilschen um die Wette. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Definition von „feilschen“, die ich auf Google gefunden habe: „...Mit jemandem, der etwas anbietet, lange sprechen, um ihn dazu zu bewegen, den Preis zu senken...“ Na, liebe Beamte, dann feilscht 'mal schön!).

Nach einer Berechnung der Stiftung Marktwirtschaft kostet ein Flüchtling – auf das gesamte Leben gerechnet – durchschnittlich rund 470.000 Euro netto. Dazu zählen: Asylbewerberleistungen, Sozialleistungen, Pflegekosten, Gesundheitskosten.

(Die Kosten für den Bund betragen monatlich 670 Euro pro Flüchtling.)

Das **Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW)** errechnete für das gesamte Jahr 2015 Kosten (Unterbringung, Essen) von 17 Milliarden Euro. Für die beiden Jahre 2016 und 2017 werden es lt. IW knapp 50 Milliarden sein.

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) wagte sich an eine grundsätzliche Lebens-Rechnung: Demnach betrügen die Kosten bis zu 400 Milliarden Euro – vorausgesetzt, daß die Arbeitslosigkeit aller Zuwanderer anhaltend ist. Wenn alle Arbeit fänden, ergebe sich ein Plus von 20 Milliarden Euro – eine rein hypothetische und unwahrscheinliche Annahme.

Es gibt z. B. bis heute auch keine verlässliche Schätzung der notwendigen bzw. tatsächlichen **Sicherheitskosten**, die durch die Islamisierung nötig werden, insbesondere in Bezug auf die Notwendigkeit, potenzielle Terroristen bzw. Dschihadisten zu beobachten. Dasselbe gilt für die sehr kostspieligen **Sozialprobleme**, die die (insbesondere muslimische) Migration nach Europa verursacht (z. B. enorm steigende Kosten für die medizinische Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge).

Angesichts der Probleme sollte es niemanden verwundern, daß souveräne Staaten sich entschieden haben, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen (z.B. Österreich, Ungarn und viele osteuropäische EU-Staaten) und ihre Grenzzugänge zu schließen. Das wird sich, so die Prognosen, dieses Jahr verstärkt wiederholen. Wieder sind es die Gutmenschen der EU-Kommission und die deutsche Bundesregierung, die sich darüber wundern. Entweder sind sie so blind, oder sie halten uns für dumm.

Geldzahlung an Flüchtlinge

In den Unterkünften erhalten ein alleinstehender Flüchtling monatlich 143 Euro, Verheiratete jeweils 129 Euro, Kleinkinder (0–6 Jahre) 84 Euro, 7–14jährige 92 Euro und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr 85 Euro. Sobald den Flüchtlingen ein fester Wohnort zugewiesen ist, steigen die Sätze. Ein Alleinstehender erhält dann 325 Euro/Monat, Verheiratete jeweils 297 Euro, Kleinkinder 211 Euro, 7–14jährige 238 Euro und Jugendliche bis 18 Jahre 269 Euro.

Zuweilen haben Flüchtlinge mehr finanzielle Vorteile als Sozialhilfeempfänger, Harz IV Empfänger oder Altersrentner mit Grundversicherung

(Kein deutscher Hartz-IV-Empfänger könnte jemals auch nur annähernd soviel Geld für eine Flucht aufbringen wie diejenigen, die angeblich alles verloren haben und deshalb via „Willkommenskultur“ nach Deutschland „fliehen“.)

Ein Beispiel aus Hamburg verdeutlicht die Ungleichbehandlung: Die AfD Altona hat einen Antrag in die Bezirksversammlung Altona eingebracht (Drucksache 20-2189), sie möge darauf drängen, die bislang exklusiv für Asylbewerber (auch solche ohne Bleibeperspektive) zum Preis von 29,00 EUR abgegebene sog. Mobilitätskarte des HVV zum gleichen Preis (also 29,00 EUR) auch den bedürftigen einheimischen Mitbürgern anzubieten. Dieser Antrag der AfD wurde in der Bezirksversammlung vom 28. April 2016 von allen anderen Fraktionen einstimmig, aber natürlich gegen die Stimmen der AfD, abgelehnt – ohne Begründung. Das heißt: Hamburger Alleinwohner – auch die bedürftigen – zahlen weiterhin 64,60 EUR für eine Monatskarte, Asylbewerber zahlen für die Mobilitätskarte nur 29,00 EUR.

*** Anklage Nr. 4: Unterschätzte bzw. verharmloste Kriminalität**

Vorbemerkung: **Mit 2.100 meist bandenmäßig organisierten Diebstählen hat sich hier die Zahl entsprechender Vorfälle gegenüber dem Vorjahr verdoppelt, Gewaltdelikte stiegen um 30 und Raubtaten um 55%. Besonders erschreckend sei die steigende Gewaltbereitschaft der Täter, berichtet die Leiterin des zuständigen Polizeabschnitts.**

Immer häufiger verschmilzt auch das Bild der Flüchtlinge kaum trennbar mit dem von Migrant*innen aus der weitgehend gescheiterten Alt-Integration. Am Kottbusser Tor in Berlin trifft sich derzeit das Drogenmilieu mit den illegalen Geschäften einheimischer Familienclans, Bandenkriminalität aus Osteuropa und neu hinzugekommenen Gruppen aus Schwarzafrika. Und in vielen deutschen Städten wiederholt sich das – täglich!

Zahl der Straftaten

Von 2014 auf das Jahr 2015 stieg die Zahl der Straftaten, bei denen ein Zuwanderer tatverdächtig war, um 80 Prozent (116.328 auf 208.344). Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Asylantragsteller um 130 Prozent (202.834 auf 476.649). Trotzdem begeht laut Bundeskriminalamt die „weit überwiegende Mehrheit der Asylsuchenden keine Straftaten.“

Art der Straftaten

Den größten Teil der Straftaten machen mit 65 Prozent Eigentums-, Fälschungs- und Vermögensdelikte aus, danach folgen mit 18 Prozent die Rohheitsdelikte (Körperverletzung). An insgesamt 36.532 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Deutschland waren 1.688 Zuwanderer beteiligt. Opfer der meisten Straftaten von Flüchtlingen sind andere Flüchtlinge.

Herkunft der Täter – 77% ohne Paß!

Von 64.656 Migranten, die von der Bundespolizei im Januar 2016 an der Grenze aufgegriffen wurden, hatten laut Bundesinnenministerium 77 Prozent keinen Paß. Die Gruppe der Ungeklärten macht nach den Flüchtlingen aus Syrien, Irak und Afghanistan mittlerweile die viertgrößte Gruppe aus.

Christenverfolgung durch Flüchtlinge

Es gibt eine stark wachsende Zahl an Übergriffen auf Christen auch in den Flüchtlingsunterkünften. Echte Flüchtlinge werden schikaniert von andersgläubigen Asylbewerbern.

Nach Einschätzung von Volker Baumann von der Aktion für verfolgte Christen und Notleidende (AVC) und auch von der Hilfsorganisation „Open Doors“ wurden in Deutschland seit September 2015 **bis zu 40.000 Flüchtlinge aufgrund ihrer religiösen Überzeugung drangsaliiert** (von Diskriminierung über Körperverletzung bis hin zu sexuellen Übergriffen und Todesdrohungen).

Open Doors schlug vor, Christen, Jesiden und andere Nicht-Muslime künftig nur noch in größeren Gruppen auf bestimmte Unterkünfte zu verteilen. Die katholische Kirche hatte im Februar d. J. erklärt, spezielle Einrichtungen nur für Christen seien nur eine Notlösung. Unionsfraktionschef Volker Kauder hatte die Kirchengemeinden kürzlich aufgefordert, sich noch intensiver um christliche Flüchtlinge in den Unterkünften zu kümmern.

93.000 mal Polizeieinsätze gegen Ausländer – Ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen:

Der nordrhein-westfälische Innenminister bestätigte indirekt einen „Spiegel“-Bericht vom 7. März 2016, wonach die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Zuwanderer“ eine verschärfte Sicherheits- und Kriminalitätslage festgestellt hat. Auf Nachfrage des nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsabgeordneten Gregor Golland mittels einer parlamentarischen Kleinen Anfrage bestätigte Innenminister Jäger, was der SPIEGEL aus einem aktuellen Bericht zitiert:

Demnach ist die Polizei alleine 93.000 Mal zu den 314 Asylbewerberunterkünften des Landes ausgerückt. Die 4.500 kommunalen Einrichtungen sind statistisch gar nicht erfasst. 222 Straftaten „rechtspolitisch motivierter Kriminalität“ gegen Asylbewerberunterkünfte sind erfaßt. Gleichzeitig sind auch die Straftaten durch Asylbewerber und geduldete Personen in die Höhe gegangen. Über 25.000 Fälle sind registriert, davon alleine über 9.000 Ladendiebstähle.

(Quelle: <http://www.gregor-golland.de/pages/posts/verschaeufte-kriminalitaets-und-sicherheitslage-auch-in-nrw-1033.php>)

*** Anklage Nr. 5: Unterschätzte Gefahr des Terrorismus**

Es ist nicht schwer zu verstehen, daß radikale Islamisten dem Westen den Krieg erklärt haben. Denn der Koran liefert das Drehbuch: In einfachem Deutsch heißt das: „*Sie werden euch finden und euch töten, wo immer und wann immer sie das können.*“ Wir gehören nach der islamischen Ideologie zum „Haus des Krieges“ („Dar al-Harb“). Dadurch ist es jedem Moslem erlaubt, jedermann in diesem Land zu töten.

In den letzten zwölf Monaten hat es überall auf dem Globus Terroranschläge gegeben, darunter in Paris, der Türkei, San Bernardino, Israel, Toronto, der Elfenbeinküste und in Belgien. Ob sie nun von Gruppen oder sogenannten „einsamen Wölfen“ verübt wurden: Diese Anschläge sind keine isolierten Vorfälle und haben eines gemeinsam: **Sie alle sind das Ergebnis einer gefährlichen, gewalttätigen und kranken Ideologie.**

Dieser Wahnsinn gipfelt dann in der Regel in der mantraartig wiederholten Feststellung der Willkommenskultur-Gläubigen: „Der Islam ist friedlich“ – und gehöre allein schon deshalb zu Deutschland. Was muß sich noch ereignen, endlich zu begreifen, daß Islam und Gewalt zwei Seiten derselben Medaille sind?

Deutsche Rekruten für den Salafismus

Bisher sprachen die Behörden von einer hohen Dunkelziffer; jetzt scheint es zumindest einigermaßen verlässliche Schätzungen zu geben: Der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) zufolge ist die Zahl der Salafisten, die von Deutschland gen Syrien und Nordirak ausgereist sind, vier Mal so hoch wie bislang offiziell angegeben. Das hätten Berechnungen von Sicherheitsbehörden ergeben.

Der Zeitung zufolge reisten **nicht rund 450, sondern 1.800 radikale**

Islamisten aus Deutschland aus, um sich der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) oder anderen radikalislamischen Organisationen anzuschließen. „Wir müssen die offiziellen Angaben mit dem Faktor vier multiplizieren, um eine realistische Zahl zu erhalten“, zitiert die FAS einen Verfassungsschützer. Eine Analyse der vorhandenen Daten und die Kenntnis über salafistische Netzwerke führten zu diesem Schluß...

(<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-10/salafisten-pkk-islamischer-staat-deutschland>)

Der Westen hat schlafend am Steuer gesessen und seine Gutmenschen darüber quasseln lassen, wie man das Problem „sensibel“ behandeln könne. Nur ja den Gegner nicht reizen! Aber es ist allemal besser, die Wahrheit zu sagen und sich nicht der „politischen Korrektheit“ zu beugen.

Der Kolumnist Freddy Kühne schreibt dazu auf „conservo“ u. a.: „...*Feindesliebe erweist sich in gutem Verhalten gegenüber seinen besiegten Feinden: besiegte Feinde behandelt man mit aller Menschenwürde.*

Feindesliebe bedeutet nicht, sich selbst, seine Familie und die Nation wehr- und kampfflos einem barbarischen Gegner zu ergeben. Jesus hat dem gläubigen Soldaten nicht verboten, seinen Beruf weiter auszuüben, und er hat nicht gefordert, daß Kaiser ihre Schwerter zu Pflugscharen umschmieden...“

(siehe: https://conservo.wordpress.com/2016/03/28/margot-kaessmann-und-das-miss-verstaendnis-von-der-feindesliebe/?fb_action_ids=1074515419261794&fb_action_types=news.publishes).

Genau eine solche Haltung schieben Gutmenschen wie eine Monstranz vor sich her: „Seht her, ich liebe meine Feinde...“ Und wir Weniger-Gut-Menschen sollen dadurch reflexartig ein schlechtes Gewissen erhalten durch die gegenläufige Selbsterkenntnis: „Ich bin böse...“

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Politik (nicht nur) in Bezug auf die Kriminalität und Terrorismus in Deutschland versagt, schlimmer noch, sie unterstützt diesen verheerenden Prozeß durch fahrlässiges Wegschauen und Passivität. Obwohl man nicht oft genug betonen kann, daß die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge ziemlich sicher ehrlicher und friedlicher Natur ist, erzeugt allein der soziale Auswahlprozeß, den eine Migration bedeutet, auch eine relevante Zahl von negativen Ausnahmen. Und diese Ausnahmen sind

Teil der neuen Realität und können gesellschaftliche Dynamik entwickeln.

Die Blindmenschen lernen nichts daraus. Erst jüngst, zu Ostern 2016, hat eine ihrer Oberhirtinnen, Margot Käßmann, ohrenbetäubenden Unfug verbreitet: „**Wir müssen den Terroristen mit Liebe und Gebeten begegnen...**“ Mein Gott, Käßmann!

Nein und nochmals nein, Ihr Käßmänner und -frauen, unsere Antwort muß ganz anders lauten: „*Ihr Dschihadisten und Verbrecher dürft von uns keine Gnade erwarten. Für Eure barbarischen Taten werdet Ihr entweder von uns oder GOTT die gerechte Strafe bekommen – und gewiß keine 72 Jungfrauen. Ihr seid zur Hölle verdammt!*“ Das ist die einzige Sprache, die sie verstehen.

*** Anklage Nr. 6: Falsch geschätzte Arbeitsplätze durch/ für Flüchtlinge**

Ein ideales Thema für gutmenschliche Nebelwerfer! In den öffentlichen Verwaltungen entstehen durch die Flüchtlinge sehr wohl neue Arbeitsplätze. Hier waren im April 70 Prozent mehr freie Stellen gemeldet als im Vorjahr. Bei Wach- und Sicherheitsdiensten waren es 83 Prozent mehr Jobs als im April 2015. **Aber:** Es sind Verwaltungs- und keine produktiven Arbeitsplätze. Das heißt, sie erhöhen die Kosten der öffentlichen Hand, tragen aber kaum zum Bruttosozialprodukt bei. Und entgegen den üblichen Beteuerungen leisten sie auch keinen nennenswerten Beitrag zur „Sicherung unserer Renten“.

„Flüchtlinge haben Weltwirtschaft belebt!“, so die Kanzlerin

Das meldete jedenfalls dpa-AFX. am 6 Mai 2016. Deutschland gibt aus Sicht von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auch durch die vielen ins Land gekommenen Flüchtlinge Impulse für mehr globales Wachstum. Es gebe dadurch eine Belebung der Binnennachfrage, „die einen guten Beitrag zur Entwicklung der Weltwirtschaft leistet“, sagte Merkel am 4. Mai nach einem Gespräch mit dem japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe in Schloss Meseberg, dem Gästehaus der Bundesregierung.

(Quelle: <http://www.faz.net/agenturmeldungen/unternehmensnachrichten/merkel-mehr-binnennachfrage-durch-fluechtlinge-belebt-weltwirtschaft-14216436.html>)

Eine illegale und gegen den Willen ihrer eigenen Bevölkerung durchgesetzte Masseneinwanderung von 1,5 Millionen aus Afrika und dem Nahen Osten aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland „ge-

flüchteten“ Immigranten, allesamt bettelarm, mittellos, zu achtzig Prozent ohne Schul- oder Berufsausbildung und fast durchgängig ohne Arbeit, sollen also nach Meinung der Kanzlerin einen belebenden Einfluß – jetzt kommt's – nicht etwa nur auf die deutsche Binnennachfrage, auch nicht nur auf die europäische, sondern auf die Nachfrage der Weltwirtschaft des gesamten Planeten ausüben. Dagegen ist Baron von Münchhausen ein Wahrheits-Apostel!

Das klingt nach letzten Reflexen einer Politik, die nur noch eines kann: sich gegen alle und gegen massivste Kritik aus dem eigenen Land und der Welt mit dem letzten Aufgebot an absurden Argumenten zu rechtfertigen – dem Irrsinn nahe. Mit Verlaub, Frau Bundeskanzlerin, ich fühle mich veräppelt.

*** Anklage Nr. 7: „Der Islam gehört – nicht – zu Deutschland“**

Für die deutsche Bundeskanzlerin ist „offenkundig, daß der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört“. Oder anders ausgedrückt: Heute gehört der Islam zu Deutschland und übermorgen Deutschland zum Islam.

1976 lebten rund 1.200.000 Muslime zwischen Flensburg und Konstanz. 2009 waren es schon 4.250.000, und heute zählt man in Deutschland schon weit über 5 Millionen Muslime, obwohl die Zahl noch höher sein dürfte (einige Wissenschaftler gehen von 10 bis 15 Millionen Moslems in Deutschland aus).

Das Problem: Im vorletzten Jahr ergab eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin, daß 65 Prozent der befragten Muslimen religiöse Regeln wichtiger seien als deutsche Gesetze. 75 % meinten, es könne nur eine Auslegung des Korans geben.

Infratest-Umfrage: Zwei Drittel der Deutschen wollen den Islam nicht; er gehöre nicht zu Deutschland

„t-online.de“ meldete am 12. Mai 2016 eine brandheiße Nachricht: „Deutschland: Islam-Ablehnung ist laut Umfrage so groß wie nie. 60 Prozent der Deutschen finden, der Islam gehöre nicht ins Land. Die Ablehnung des Islam in Deutschland ist so groß wie nie. Das ergibt eine Umfrage von Infratest dimap. Gleichzeitig nimmt auch die Angst vor Anschlägen einen Rekordwert an.“

Das würde bedeuten, daß der uns immer wieder vorgemerkelte und vorgegaukelte Glaube, der Islam gehöre zu Deutschland, in seinen

Grundfesten erschüttert – und daß die Aufklärungsarbeit der Islamkritiker nicht ganz für die Katz ist. **Gleichzeitig wird die Haltung der etablierten Parteien in dieser Frage deutlich kritisiert.**

Hier die neue Meldung: „Für 60 Prozent der Bundesbürger gehört der Islam der Umfrage zufolge nicht zu Deutschland. 34 Prozent der Befragten meinen das Gegenteil und sind der Ansicht, daß der Islam wohl Teil der Bundesrepublik ist. Im Jahr 2010, als der damalige Bundespräsident Christian Wulff in einer Rede gesagt hatte, der Islam gehöre zu Deutschland, war die Zustimmung deutlich größer. Damals stimmten dieser Aussage noch 49 Prozent der Befragten zu. 47 Prozent lehnten diese Aussage damals ab.

Mehrheit findet Sorgen nicht ernst genommen

Aktuell ist die Skepsis gegenüber dem Islam bei den FDP- und den AfD-Anhängern besonders groß. Rund drei Viertel (76 Prozent) der befragten FDP-Anhänger finden, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Bei den AfD-Anhängern sind dies 94 Prozent. Die Vorbehalte steigen auch mit zunehmendem Alter. In der Gruppe der über 64-Jährigen sind 71 Prozent der Ansicht, der Islam gehöre nicht zu Deutschland.

Eine Mehrheit von 58 Prozent findet, daß sich die etablierten Parteien – CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke und FDP – nicht ausreichend darum kümmern, daß die Sorgen und Bedenken gegenüber dem radikalen Islam ernstgenommen werden. 38 Prozent der Befragten sind in dieser Hinsicht mit den etablierten Parteien zufrieden.

Gut jeder zweite Deutsche (52 Prozent) ist der Umfrage zufolge zudem besorgt, der Einfluß des Islam in Deutschland werde wegen der Flüchtlinge zu stark. 47 Prozent teilen diese Sorge nicht.

Große Angst vor Anschlägen

72 Prozent der Befragten haben die Befürchtung, in Deutschland werde es einen terroristischen Anschlag geben. Das ist der höchste Wert, den Infratest dimap bei dieser Frage bislang gemessen hat. 25 Prozent der Menschen haben keine Angst vor einem Anschlag.“

Infratest dimap befragte am 2. und 3. Mai rund 1000 Bürger. Die Umfrage wurde für die WDR-Sendung „Ihre Meinung“ erstellt.

(Quelle: http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_77817676/deutschland-islam-ablehnung-ist-laut-umfrage-so-gross-wie-nie.html)

Zu fast deckungsgleichen Ergebnissen kam das Erfurter INSA-Institut, das vom 22. bis 25. April 2016 im Auftrag der Bildzeitung eine repräsentative Umfrage durchführte, ob nach Ansicht der Befragten der Islam zu Deutschland gehöre. Knapp zwei Drittel (61 %) sind der Meinung, daß dies nicht der Fall sei. 63 Prozent der Männer vertreten diese Ansicht und 58 Prozent der Frauen. Nur für jeden fünften Befragten (22 %) gehört der Islam zu Deutschland.

Für Befragte in den alten Bundesländern gehört der Islam eher zu Deutschland als in den neuen Bundesländern. Während im Westen jeder Vierte (23 %) sagt, der Islam gehöre zu Deutschland, ist es im Osten nur jeder Sechste (17 %).

(Quelle: INSA-Institut: www.insa-consulere)

Heute gehört der Islam zu Deutschland und morgen der ganzen Welt

Eines wird jedenfalls deutlich: Wer kulturell gewachsene Gebilde zugunsten von Multikulti auflöst, löst in demselben Moment den Schutzraum auf. Am Ende des Tages wird dann jeder zum Einzelkämpfer, um bestehen zu können, weil es dann keinen inneren Zusammenhalt mehr gibt. Dieses Bewußtsein und die Rückbesinnung auf „das Eigene“ (z. B. die eigene Identität) scheint sich in Zeiten der Krise, wie wir sie derzeit erleben, langsam wieder zu bilden.

Diese Zahl sorgt gerade für Diskussion: 970. So viele aus der Türkei importierte Imame predigen in den 900 Moscheen, die Ditib, der größte islamische Dachverband, in Deutschland betreibt. Den Vorwurf, die Imame seien nichts anderes als der verlängerte Arm des türkischen Staates, haben Ditib-Funktionäre als Polemik zurückgewiesen. Fakt ist jedoch: Der Verband untersteht der türkischen Religionsbehörde Diyanet und diese direkt der türkischen Regierung. Kritischen Stimmen in der Türkei gilt die Behörde als Lieferant und Finanzier religiöser Dienstleistungen im Sinne Ankaras. Es wird dort sehr genau verfolgt, welche religiösen Weisungen die Diyanet der Ditib erteilt...

(<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/imame-in-deutschland-im-namen-erdogans-14208841.html>)

*** Anklage Nr. 8: Mangelhafte Europäische Sicherheitspolitik – Hilflöse Sicherheitspolitiker**

Europa lebt bereits – zwangsweise – mit dem Terror. Spanien, Frankreich, Belgien, Norwegen haben ihn schon besonders kräftig erlitten. Selbst Kenner der politischen Lage (und der Polit-Sprache, die meist die Probleme verdeckt bzw. „diplomatisch verpackt“) sind fassungslos. Es ist schon ein bemerkenswerter Vorgang, daß der deutsche Innenminister Thomas de Maizière am Abend des Brüsseler Blutbads einen verstärkten Datenaustausch der europäischen Sicherheitsbehörden anmahnt: „Wir müssen die Informationen austauschen, die da sind.“ Das klingt hilflos – und ist es auch.

Falsche Papiere, echte Gefahr – Europäische Überlebensfrage im Kampf gegen den IS

Viele IS-Terroristen kommen fast ausschließlich mit sog. „echten Falschen“ zu uns, wie man im Jargon der Sicherheitsgrenzbeamten und -Behörden „echte Pässe (Paßrohlinge) mit falschen Namen und Angaben“ bezeichnet.

Die Papiere sind echt, da sie vom IS aus Paß-Ämtern u.a. von Botschaften oder Regierungsstellen arabischer Staaten vom IS erbeutet oder gestohlen wurden. Aber die Namen und die Daten im Paß sind falsch. Das stellt die Grenzbeamten vor große Herausforderungen und verschärft das Sicherheitsrisiko, das auf uns zukam und immer noch tagtäglich im Massen-Exodus einreisender, meist islamisch-arabischer Flüchtlinge auf uns zukommt.

Endlich alle Flüchtlinge in Deutschland registrieren, erfassen und detailliert zu Personen- und Strukturdaten aus ihren Ländern befragen!

Ohne Paß oder Ausweispapiere soll kein Flüchtling mehr in den Schengen-Raum eindringen können! Wer behauptet, er habe keinen Paß oder keine Möglichkeit gehabt, sich einen gültigen Reisepaß ausstellen lassen zu können im Heimatland, der lügt! Wer seinen Paß vor der Grenze wegwirft, handelt kriminell und betrügerisch und hat im Schengen-Raum nichts verloren!

„Es muß auch die Echtheit des Reisedokumentes intensiv kontrolliert werden – und in Deutschland muß auch eines gelten: es muß zeitnah gewährleistet sein, daß jeder Flüchtling, der zu uns kommt, registriert und kontrolliert wird“. Das sagte sinngemäß Stephan Meyer (CSU), innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion vor wenigen Tagen.

„Frontex kennt mittlerweile die Paßnummern von 3.800 gestohlenen Pässen, die IS-Kämpfer und IS-Aktivisten im März 2015 in der syrischen Stadt Rakka erbeutet hatten. Seitdem sind Millionen von Menschen illegal ohne Pässe in Schengen eingereist – „ein hohes Sicherheitsrisiko“, wie Frontex feststellt.

Mindestens zwei der Paris-Attentäter kamen als Flüchtlinge mit „echten Falschen“ – syrischen Pässen – zu uns. Die Welt: „Mit einem Foto und einer Unterschrift versehen, hat sich ein Ausweisrohling schnell in ein valides Dokument verwandelt. Gefälschte Pässe kann man an mangelhaften Wasserzeichen, gefälschten Seriennummern oder schlechtem Papier mitunter erkennen. Doch das Sicherheitsrisiko liegt neuerdings beim echten Paß. FBI-Direktor James Comey warnte kürzlich vor dem Justizausschuß des amerikanischen Senats, daß der IS die Fähigkeit habe, „betrügerische Pässe herzustellen“.

Der türkische Onlinedienst „Todays Zaman“ berichtete über zwei Festnahmen am Istanbuler Flughafen. Zwei Männer hatten versucht, insgesamt 148 offenbar echte europäische Pässe in die Türkei zu schmuggeln. Ausgestellt waren die Dokumente auf die Namen von Bürgern in Frankreich, Deutschland, Belgien, Irland und Großbritannien – versteckt waren die Dokumente in Pizza-Öfen. Die Männer, darunter ein Belgier türkischer Herkunft, werden verdächtigt, im Auftrag des IS unterwegs gewesen zu sein.

– Wie aus Geheimdienstkreisen verlautet, hat der IS inzwischen auch in den libyschen Städten Bengasi und Sirte aus besetzten Paßämtern Dokumente beschlagnahmt. Der IS verfügt also massenhaft über Originalausweise aus mindestens drei arabischen Staaten, die nur noch personalisiert werden mußten. (Übrigens: Bis zu 2000 Euro pro Ausweis läßt sich mit den Rohlingen verdienen. Wo der IS auftaucht, blüht folglich auch das Geschäft mit den Dokumenten.)

– In Syrien ist der IS nach Erkenntnissen von US-Geheimdiensten sogar im Besitz von zwei Druckmaschinen, mit denen sich Pässe herstellen lassen. Die Attentäter in Paris und die unter IS-Verdacht stehenden Männer aus Salzburg verfügten offenbar über solche „echten“ Pässe, die aber nicht registriert waren. In dem bürgerkriegsgeplagten Land handeln neben dem IS auch Assads Behördenmitarbeiter mit den Dokumenten. Ein Paß ist trotz Bombardement und Straßenkampf an jeder Ecke zu haben.

– Im Irak hat sich der IS vor allem in der zweitgrößten Stadt des Landes, in Mossul, breitgemacht. Auch dort brachte er unzählige Paßrohlinge in seinen Besitz. Als die Terrormiliz im Juni 2014 die Stadt eroberte, besetzte sie sofort das türkische Konsulat und nahm dort Geiseln. Westliche Dienste gehen davon aus, daß der IS damals auch Pässe, Dokumente und Stempel in seinen Besitz gebracht hat.

– In Tunesien hat der IS zwar keine Gebiete unter seiner Kontrolle. Aber er rekrutiert dort Kämpfer – und verübt Anschläge. Im Bardo-Museum von Tunis und in der Ferienanlage von Sousse hat der IS seine blutige Spur hinterlassen. Die Täter waren mit „echten“ Dokumenten ausgestattet.

– In Libyen hat der IS in mehreren eroberten Städten Paßämter unter seine Kontrolle gebracht. Tunesische Behörden berichteten Anfang Dezember, im Nachbarland Libyen seien rund 1000 gefälschte Pässe beschlagnahmt worden. Darunter waren tunesische, ägyptische und libysche Reisepässe. Stückpreis: 2000 Dinar (umgerechnet 1000 Euro). „Sie sollten an den IS oder an al-Qaida weitergegeben werden“, so ein Mitarbeiter des tunesischen Innenministeriums. Der IS wollte mit den Pässen offenbar Terrorkommandos ausstatten, die in Ägypten, Libyen und Tunesien Attentate verüben sollten. Der grüne Paß der alten Gaddafi-Regierung ist zudem überall im Land zu haben. Aber auch der Erwerb der neuen biometrischen Pässe ist nur eine Frage des Geldes. Mit etwa 1500 Dollar ist man dabei“.

Wie viele **Kämpfer die Terrororganisationen mit falscher Identität** nach Europa schickten, steht buchstäblich in den Sternen. „Wir sehen nicht, daß Flüchtlinge Terroristen sind. Aber was wir in Paris gesehen haben, ist, daß der IS den Flüchtlingsstrom genutzt hat“, sagte jüngst der Chef des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen. „Der IS wollte zeigen, was er kann. Als ob er den Menschen in Europa sagen wollte: Paßt auf, jeder der Flüchtlinge kann einer von uns sein“, so Maaßen. „.....für die Sicherheitsbehörden wird es immer schwerer, Schläfer im Flüchtlingsstrom zu identifizieren, wenn die Ausweise aus denselben offiziellen Beständen kommen.....“

(Quelle u. a.:<http://www.welt.de/politik/deutschland/article150166577/Wo-der-IS-auftaucht-blueht-das-Geschaefft-mit-den-Paessen.html> sowie: „Der Terror kommt mit erbeuteten Pässen nach Europa“).

Siehe auch Kapitel 5 „Terrorismus“!

829.000 „Pässe“, 470 Mio. € Gewinn

Aus Syrien kommen noch mehr besorgniserregende Meldungen: „Bei den Behörden des Landes werden in stark zunehmendem Maße Reisepässe beantragt. Die Zahl der Anträge sei laut Berichten der regierungsnahen Tageszeitung „al-Watan“ in Damaskus von tausend pro Tag 2014 auf zuletzt fast 5000 pro Tag im Jahr 2015 angestiegen. In diesem Jahr seien bislang **829.000 Pässe** ausgestellt worden, durchschnittlich rund 3.000 pro Tag.

Die syrische Regierung nutzt die Ausstellung der Pässe als wichtige Einnahmequelle und konnte allein in diesem Jahr fast **470 Millionen Euro Gewinn** erzielen. Während die Ausstellung im Inland mit 15 Euro zu Buche schlägt, kostet sie im Ausland umgerechnet 363 Euro. Somit steht fest, daß Syrer ihren Paß im Inland UND im Ausland problemlos beantragen können und dann auch erhalten“.

(Zitat: aus: <http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-syrien-stellt-taeglich-3000-neue-paesse-aus/12499254.html>)

Bleibt festzuhalten: Für die Sicherheitsbehörden wird es immer schwerer, Schläfer im Flüchtlingsstrom zu identifizieren, wenn die Ausweise aus denselben offiziellen Beständen kommen.

Aus all den Fakten folgert:

Erstens: Es muß zwingend und sehr schnell unterschieden werden zwischen Anerkennung als Asylant, was für die meisten Flüchtlinge offensichtlich nicht zutrifft und ein Dauerbleiberecht mit sich bringen würde, und Anerkennung als Bürgerkriegsflüchtling gem. der Genfer Konvention.

Die syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge sollten auch als solche gem. Genfer Konvention anerkannt werden, immer mit Blick auf die Tatsache, daß sie nach dem Ende des Bürgerkriegs wieder in ihr Heimatland Syrien zurückgehen müssen und das Land wiederaufbauen sollen.

Ein „Dauer-Bleiberecht“ in Deutschland oder in den Schengen-Staaten ist aus der Anerkennung als Bürgerkriegsflüchtling nicht abzuleiten. Darauf wies bereits Innenminister Thomas de Maizière ausdrücklich hin – zu Recht!

Zweitens: Da es im „Krieg“ des IS gegen die ganze zivilisierte Welt um einen Kampf gegen alle geht, ohne daß die „Kriegsfront“ für uns deutlich erkennbar ist, sind wir bei der Bekämpfung des IS auf jede Einzelinformation angewiesen, mit der es uns gelingt, den

Gegner „sichtbar“ werden lassen. Also müssen die Ankömmlinge nachrichtendienstlich befragt und erfaßt werden. Angesichts der ständigen Bedrohung durch den IS faßt man es kaum:

Außer einem einseitigen Formular (Name, Vorname, Fluchtweg usw.) mußten die bis heute nach Deutschland gelangten Flüchtlinge noch keine weiteren Fragen seitens unserer Behörden beantworten.

Das Elend der europäischen (und deutschen) „Sicherheitspolitik“

Im Folgenden versuche ich, die wichtigsten Mängel aufzulisten und auf Lösungsansätze hinzuweisen. Zunächst die Liste in Kurzform:

Die schlimmsten Mängel in der europäischen Sicherheit(-politik) in Kurzform:

- ❑ ***Ungenügender Informationsaustausch***
- ❑ ***Mangelnde Bereitschaft, Kompetenzen abzugeben***
- ❑ ***Kontrolle geht (noch nicht) vor***
- ❑ ***Keine wirksamen Sicherheitsstrukturen***
- ❑ ***Veraltete Sicherheitsdienste***
- ❑ ***Anachronistische Sicherheitspolitik in der EU***
- ❑ ***Gemeinsames Terrorabwehrzentrum fehlt bzw. ist nicht schlagkräftig***
- ❑ ***Datenschutz vor Bürger- bzw. Terrorschutz***
- ❑ ***Schwache Europol***
- ❑ ***EU-Außengrenzen nicht dicht genug***

Das war die Kurzform, nun die Kritikpunkte im einzelnen:

Ungenügender Informationsaustausch

Den dringend notwendigen Informationsaustausch gibt es immer noch nicht. Nach Madrid 2004, London 2005, Paris 2015 – und diversen Anschlägen anderswo zwar regelmäßig beschworenen, aber immer noch nicht Wirklichkeit! Angeblich funktioniert der Datenaustausch von terrorismusrelevanten Informationen erst unter fünf der 28 EU-Staaten. Ja, soll man sich dann darüber wundern, wenn es immer häufiger irgendwo in Europa kracht und unschuldige Opfer verbluten? Wieviele Bombenanschläge und Schießereien an öffentlichen Plätzen muß es noch geben, bevor wir erkennen, daß wir uns im Krieg mit fundamentalen Wahnsinnigen befinden, den wir nur gemeinsam führen können.

Wir brauchen gar nicht drumherum zu reden: Die Zweifel an der Effektivität der Behörden im eigenen Land sind berechtigt. Zwar ist

durchaus die Kenntnis darüber vorhanden, Politiker und Sicherheitsbehörden verdecken aber immer noch die wahren Probleme. Hier nenne ich sie in Klartext:

Mangelnde Bereitschaft, Kompetenzen und Fachbehörden abzugeben

Was wir im deutschen Föderalismus jeden Tag im Klein-Klein erleben, wiederholt sich auf höhere Ebene in Europa. Um nicht mißverstanden zu werden: Hier geht es nicht um die weitere Abgabe von Souveränitätsrechten an den Moloch Brüssel, sondern lediglich um die Herstellung einer gemeinsamen Handlungsfähigkeit:

Bei uns müssen z. B. 16 Landeskriminalämter koordiniert und dem Bundeskriminalamt neue Kompetenzen übertragen werden. Auf europäischer Ebene geben die 28 souveränen Nationalstaaten höchst ungern Kompetenzen ab. Die Brüsseler Anschläge machen aber erneut deutlich, daß man nicht alleine in den Grenzen (s)eines Staates den internationalen Terror bekämpfen kann, sondern daß das nur mit guter grenzüberschreitender Kooperation geht.

Manche Länder liefern – wenn überhaupt – nur „nackte Daten“ und Personensätze an Europol, die nicht auch aufbereitet sind. Es geht darum, daß wir EU-weit einheitlich hohe Standards bekommen für den notwendigen Datenaustausch.

Kontrolle geht vor

Zunächst: Darauf zu bestehen, daß Migranten nach Europa kommen und hier wohnen können, ohne sich vorher einem gründlichen Screening (systematisches Prüfverfahren) zu unterziehen – diese „tapfere“, aber abwegige Haltung von Angela Merkel aus dem vergangenen Jahr ist nicht mehr möglich. Der Liberalismus, den wir erreicht haben, ist ein Erfolg. Doch im Moment geht Kontrolle vor. Und dazu gehört zu allererst die Feststellung der Identität. Wenn Terroristen unbehelligt und unerkannt von den Sicherheitsbehörden quer durch Europa reisen können, dann haben wir ein Sicherheitsproblem.

Keine wirksamen Sicherheitsstrukturen

Und genau dies weist auf das Hauptproblem hin: Die EU hat keine wirksamen gemeinsamen Sicherheitsstrukturen. Das liegt zum Teil daran, daß wir keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik haben, sodaß jeder EU-Mitgliedstaat in diesen entscheidenden Bereichen sein eigenes Süppchen kocht.

Es fehlt im Übrigen jegliche Aussage über die sehr realen Sicherheitskosten, die durch die Islamisierung, die in Europa abläuft, verursacht werden, und die daraus folgende Notwendigkeit, potenzielle Dschihadisten zu beobachten.

Veraltete oder moderne Sicherheitsdienste?

Wir müssen uns damit abfinden, in einer Ära des Terrors zu leben. Also müssen wir uns darauf einstellen, indem wir uns nicht länger wie „Räuber und Gendarm“-spielende Kinder gegenseitig belauschen, um Vorteile zu erlangen. Es ist vielmehr an der Zeit, daß die gemeinsam herausgeforderten Sicherheitsorgane sich der globalen Bewährungsprobe gemeinsam stellen. Oder spielen die Geheimdienste immer noch lieber abgestandene Spielchen aus der „guten, alten“ Schlapphut-Zeit? Heute ist Neuzeit – mit allen elektronischen Mitteln! Und da darf, ja muß man fragen, wie gut ist z. B. der BND mit den modernsten Mitteln ausgestattet? Oder schreibt man – bildlich gesprochen – Notizen immer noch mit Bleistift auf Block?

Ausbildungsniveau zu unterschiedlich

Das System der offenen Grenzen garantiert(e) zwar Freihandel und hohe persönliche Mobilität für jedermann, aber die dringend erforderlichen begleitenden Sicherheitsmaßnahmen haben nicht Schritt gehalten. Die „Dienste“ der EU-Nationen reden nicht genug miteinander, sie handeln nicht abgestimmt. Und vor allem: Das Ausbildungsniveau der Mitarbeiter ist zu unterschiedlich.

Anachronistische Sicherheitspolitik in der EU

Geradezu anachronistisch mutet die europäische Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten an. Sie – diese Politik – wird noch immer stiefmütterlich behandelt. Aber kein Land in Europa kann in der durch Handels-, Daten- und Migrationsströme vernetzten Welt alleine seine Sicherheit garantieren.

Europas Justiz- und Innenminister, die am 24. März zu einer Sondersitzung zusammenkamen, haben erneut zu einer engeren Zusammenarbeit und einem besseren Informationsaustausch aufgerufen. Das geschah auch schon nach den Anschlägen in Paris im November letzten Jahres.

Die gegenseitige Informationsübermittlung scheint jedes Mal das schwache Glied in der Kette zu sein. Das ist ein Problem, mit dem sich nicht nur die Europäische Union herumplagt, sondern das symptomatisch ist für die Geheimdienste weltweit. Jedoch muß sich

gerade auf diesem Gebiet etwas tun. Als Reaktion auf grenzüberschreitende Probleme ist ein grenzüberschreitendes Herangehen erforderlich. Mehr europäische Zusammenarbeit also!

Gemeinsames Terrorabwehrzentrum fehlt

Zu diesem Problem macht die Süddeutsche Zeitung (SZ 26.3.16) einen bedenkenswerten Vorschlag:

„Die EU-Staaten, die gut funktionierende Sicherheitsbehörden haben, sind nicht bereit, ihre heiklen und werthaltigen Daten in einen 28er-Topf zu werfen, wenn und solange sie befürchten müssen, daß mit diesen Informationen da oder dort Schindluder getrieben wird. Beim gegenwärtigen Zustand der Sicherheitsbürokratie in diversen EU-Staaten kann derzeit nicht ausgeschlossen werden, daß heikelste Daten bei der organisierten Kriminalität landen. Solange das so ist, ist ein gemeinsames Terrorabwehrzentrum aller 28 EU-Staaten Illusion. Wenn man sehr schnell etwas Sinnvolles tun will, könnten willige und fähige Staaten Kerneuropas ein gemeinsames kleines, effektives Terrorabwehrzentrum mit intensivem Datenaustausch gründen“.

Um zu zeigen, wie rührselig Gutmensch-Zeitungen reagieren können, sei die genaue Gegenmeinung zur SZ im Berliner „Tagesspiegel“ zitiert, der hervorhebt, die Antwort auf Terror dürfe nicht lauten – (Zitat): „dass die Freiheiten, auf die wir mit Recht stolz sind, eingeschränkt werden. Sondern, dass wir sie entschlossen in die Welt tragen. Das heißt: Geboten ist eine Offensive – eine der Entwicklungszusammenarbeit. Genau dort, wo die Feinde der friedvollen, demokratischen Entwicklung zu Hause sind. Das kostet Zeit und Geld. Aber billig und schnell sind Lösungen nicht mehr zu haben. Vergeltung ist keine Option.“

Zu soviel gutmenschlicher Blindheit gehört schon eine Menge Mut! Und nebenbei gefragt: Was heißt eigentlich: „...die Freiheiten, auf die wir stolz sind, entschlossen in die Welt tragen...?“ Das ist zwar herrliche Prosa, heißt aber im Klartext: „*Wir predigen den Frieden der Welt, und Ihr zerbombt derweil die Freiheit...! Danach bieten wir Euch, liebe Brüder, eine Entwicklungszusammenarbeit an...!*“ So reden nur „Friedensbewegte“, die die Augen vor der Wirklichkeit verschließen.

Und wie bei der Filmkomödie „Und täglich grüßt das Murmeltier“ wird die Feststellung einer dringend notwendigen Verbesserung der Zusammenarbeit auf jeder europäischen „Gipfelkonferenz“ erneut

getroffen und bis zur folgenden Sitzung Besserung versprochen. (Und auch auf der folgenden Sitzung grüßt dann wieder das Murmeltier...)

Immer dann, wenn es solche Anschläge wie in Brüssel gibt, kommen die Innenminister zusammen und erklären, daß alles besser gemacht werden müsse... Dabei verweisen sie auf die europäischen Sicherheitsinstrumente wie das „Schengen-Informationssystem“ und Europol. Was sie aber nicht (laut) sagen: In beiden Systemen gibt es noch Probleme – der typische „Sand im Getriebe“. Dazu gehören z. B. auch der Datenschutz – die Ikone der Gutmenschen – und das liebe Geld.

Geht Datenschutz vor Bürgerschutz?

Was soll eine Sicherheitsbehörde denn machen, wenn die unterschiedlichen Datenbanken nicht interoperabel sind? Sie sind auch nicht – den (grün-roten) Gutmenschen sei Dank! – miteinander verknüpft, aus Datenschutzgründen! Daten aus den Visa-Informationssystemen und aus dem Schengen-Informationssystem dürfen nach datenschutzrechtlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland nicht vernetzt werden. Hier gilt der Begriff der Zweckbindung der Daten: Die Daten dürfen nur benutzt werden für den Zweck, für den sie erhoben worden sind.

„Datenschutz“ scheint für Grüne und deren Verwandte eine größere Bedeutung zu haben als der Schutz der Bürger vor Terror. Die ständige grüne Mahnung vor „Bürgerrechte-Gefährdung“ kann man angesichts des Terrors kaum noch ertragen. Wer wird denn in seinem Freiheitsrecht eingeschränkt, wenn ohnehin erhobene Daten besser miteinander vernetzt werden?! Und darum geht es, nur um die Vernetzung!

Für den CSU-Innenexperten Dr. Florian Hermann werden die Grünen mit ihren sicherheitspolitischen Vorstellungen selbst zu einem „Sicherheitsrisiko“: *„Nach jedem Anschlag werden die Grünen nicht müde, vor angeblichen ‚vorschnellen Schlüssen‘ zu warnen. Und gleichzeitig wissen sie sofort, daß mehr Polizei und bessere Instrumente angeblich nichts brächten.“*

MdB Bosbach – hier spricht ein Fachmann über „Gefährder“:

Ein Beispiel: Wir haben auf der Ebene der Bundesrepublik das gemeinsame Terrorabwehrzentrum in Berlin-Treptow. Was wir dort koordinieren, die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder,

das muß auch auf europäischer Ebene geschehen. Wir brauchen eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Das betrifft insbesondere den Austausch von Informationen über sogenannte Gefährder. Wir brauchen vor allen Dingen eine einheitliche Definition des Begriffes „Gefährder“ in allen 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

(Quelle: http://www.deutschlandfunk.de/anschlaege-in-bruessel-wenn-terroristen-quer-durch-europa.694.de.html?dram:article_id=349149)

Ungeliebte Videoaufnahmen

Zum Themenbereich gutmenschlicher „Behinderung von Sicherheitsmaßnahmen“ gehört auch die Ablehnung von Videoaufzeichnungen. Als ob irgendjemand nackt dasteht, wenn er an einem neuralgischen Ort gefilmt wird! Aber wir machen uns schon in die Hose, wenn wir irgendwo eine Videokamera erblicken. Dabei sollte jeder wissen, daß allein schon das Aufstellen solcher Kameras Täter (natürlich nicht alle) abschreckt! Außerdem sind sie auch bei der Aufklärung (Aufdeckung) von Taten und Tätern nützlich.

Eine besondere Art von „Sand im Getriebe“ kommt von nicht ganz überraschender Seite: Bundesjustizminister Heiko Maas – klar, wer sonst! – warnte im Gespräch mit den Zeitungen der Funke-Mediengruppe davor, einen Zusammenhang zwischen der Flüchtlingskrise und der Terrorbedrohung herzustellen:

„Die meisten Männer, die in den vergangenen Monaten diese grauenvollen Anschläge verübt haben, sind bei uns in Europa zu einer terroristischen Bedrohung herangewachsen. Sie sind keine Flüchtlinge“, so der SPD-Politiker. Daß sich nach konservativen Berechnungen europäischer Sicherheitsfachleute etwa 500 bis 600 Terroristen unter die Flüchtlinge gemischt hatten, weiß der Herr Minister gewiß auch, aber er spricht nicht drüber. Notabene, der Mann ist Justizminister! Oh sancta justitia!

Schwache Europol

Ein weithin unbekanntes Problem gehört ebenso in diesen Komplex, Verbesserung nicht in Sicht: Europol! Als Informationssammelstelle so unwichtig wie eine Warze an der Backe! Viel wichtiger wäre ein europäisches Anti-Terror-Zentrum. Aber wenn dieses operativ erfolgreich arbeiten soll, müßte man tief in die Europäischen Verträge eingreifen (und ändern). Da traut sich derzeit aber niemand so richtig dran.

Im Januar d. J. hatte das europäische Anti-Terror-Zentrum in Den

Haag seine Arbeit aufgenommen. Es soll Informationen über Terroristen und deren Finanzierung bündeln und auswerten. Bisher kommt diese Arbeit aber nur schleppend voran.

Vielleicht wird's ja in bißchen besser: Soeben hat das Europaparlament in Straßburg eine Verordnung beschlossen, nach der Europol im Kampf gegen den Terror und die organisierte Kriminalität deutlich mehr Kompetenzen erhalten soll

(Quelle: http://www.deutschlandfunk.de/europol-mehr-befugnisse-im-kampf-gegen-den-terror.447.de.html?dm:news_id=612314).

Die EU-Außengrenzen dichter machen! Keine Einreise ohne Identität

Im DLF erklärte MdB Bosbach, warum man die derzeitige Sicherheitsstruktur an Europas Außengrenzen nicht länger hinnehmen kann:

„Hier müssen wir zwei Sachverhalte unterscheiden. Die Abschaffung der Binnengrenzkontrollen haben wir damals vorgenommen gegen das Versprechen sicherer EU-Außengrenzen. Nie waren die EU-Außengrenzen aber durchlässiger als heute (...)

Wir sollten niemanden ins Land lassen mit völlig ungeklärter Identität und Nationalität. Wir haben seit Monaten einen **erheblichen Kontrollverlust**, aber wenn man darauf hinweist, dann wird man ja schnell in eine Ecke gestellt, als hätte man grundsätzliche Bedenken dagegen, Menschen, die in Not sind, aufzunehmen und zu helfen. Aber wir müssen wissen, wer in unser Land kommt mit welcher Identität und Nationalität.“ (Bosbach)

Wetten wir, daß auch beim nächsten Europa-Gipfeltreffen oder der nächsten Konferenz der Innenminister das Murmeltier wieder Star-gast sein und es wieder heißen wird: „*Wir müssen den Informationsaustausch verbessern*“?!

*** Anklage Nr. 9: Überforderte Sozialsysteme**

Das deutsche Sozialsystem lebt mit ständig steigenden Kosten, verstärkt durch die enorme Zuwanderung von Menschen, die bisher nichts in die Sozialsysteme eingebracht haben. Der Druck auf die Sozialsysteme und das Lohnniveau im Allgemeinen ist nicht mehr zu übersehen. Fakt ist, daß der Flüchtlingsstrom nach Angaben des Instituts für Weltwirtschaft bis 2017 den deutschen Arbeitsmarkt mit errechneten 376.000 zusätzlichen Arbeitslosen belasten wird. Nach Schätzungen des Instituts werden bis Ende 2017 insgesamt 2,7

Mio. Flüchtlinge Deutschland erreicht haben (1,1 Mio. in 2015, 1 Mio. in 2016, 0.6 Mio. in 2017).

Nicht von ungefähr schätzte die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe schon im Oktober, daß bis 2018 gut **531.000 Menschen keine eigene Wohnung mehr** haben werden; 2014 hielt man noch 314.000 für eine hohe Zahl. In München rechnet man derzeit mit einer Verdoppelung der Obdachlosenzahlen. Der Berliner Senat hat vorgesorgt und Wohnungslosen aus Gemeinschaftsunterkünften (also mit klarem Blick auf Flüchtlinge) eine gegenüber „normalen“ Hartz-IV-Empfängern unmoralische und unbegründbare 20-30% höhere Mietkostenübernahme verschafft.

(Mehr Informationen zu den Kosten siehe Kapitel 3 „Kosten“!)

Eines steht bereits jetzt fest, wird aber von den politisch Handelnden sträflich verharmlost: Durch den Unterhalt der Flüchtlinge werden die Kosten des Sozialsystems rapide steigen, erst recht bei weiterem Familiennachzug. Aber alle Probleme an dieser Stelle ausreichend zu behandeln, würde den Rahmen des geplanten Umfangs dieser Publikation sprengen.

*** Anklage Nr. 10: „Autokratischer Politikstil“**

Merkel will, daß Europa die Grenzen offenhält, das hat sie bei ihrem letzten Italienbesuch ausdrücklich bestätigt. Wir werden es kaum ändern können, weil die Mächtigen es so wollen. Erinnern wir uns:

Die Niederländer und Franzosen hatten gegen den Lissaboner Vertrag gestimmt – und damit gegen den EU-Zwang. Aber die „Europäischen Führer“ haben es ignoriert – so wie sie den Willen der Bürger mißachten, ja nicht einmal danach fragen.

Geben wir einer wirklich verdienstvollen Bundestagsabgeordneten das Schlußwort! Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte am 5. Mai 2016 (Fest Christi Himmelfahrt) online einen Gastbeitrag der menschenrechtspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erika Steinbach unter dem Titel „Erika Steinbach beklagt „Mißachtung des Parlaments“.

Die CDU-Abgeordnete aus Frankfurt und frühere jahrzehntelange Präsidentin des BdV (Bund der Vertriebenen) übt in ihrem Artikel deutliche Kritik an der Vorgangsweise von Bundeskanzlerin Merkel, mehrfach ihre eigenwillige Politik an der Unionsfraktion und sogar am Deutschen Bundestag vorbei betrieben zu haben.

Von der über Nacht verkündeten „Energiewende“ (Ausstieg aus der Kernkraft) über die verfehlte und zudem rechtswidrige Asylpolitik bis hin zur jüngsten Elektro-Auto-Entscheidung zählt die CDU-Politikerin Beispiele auf, welche diesen demokratiefernen, autokratischen Politikstil dokumentieren.

Selbst die offensichtlich nur wahltaktisch motivierte „Energiewende“ wird, so erklärt Steinbach in der FAZ, *„in den Schatten gestellt durch die Kanzlerentscheidung der offenen Grenzen und Aufnahme von Migranten ohne jegliche Begrenzung.“*

Identitätsverlust für Deutschland

Die Autorin fügt hinzu: *„Viele Menschen treibt die Sorge um, dass Deutschland einen irreparablen Identitätsverlust aufgrund der weit über eine Million Zuwanderer aus einem anderen Kulturkreis erleidet... Was beklommen macht, ist das Faktum, dass der Deutsche Bundestag bis zum heutigen Tage niemals über die singuläre Massenaufnahme von Migranten und die bedingungslose Öffnung der Grenzen abgestimmt hat.“*

Es wurden zwar mehrere Asylverschärfungen auf den Weg gebracht, die Verfahren sinnvoller geregelt und zahlreiche Debatten geführt. Das ist gut und war nötig. Aber die Grundsatzfrage, ob, wie und wie viele Menschen das Land in extrem kurzer Zeit aufzunehmen gewillt ist und aufnehmen kann, ob zig Tausende die Staatsgrenzen unkontrolliert und unregistriert auch dann überschreiten dürfen, wenn die EU-Außengrenzen nicht geschützt sind, dazu gibt es bis zum heutigen Tage kein entsprechendes Votum des Parlaments.“

Die CDU-Bundestagsabgeordnete verweist auf den ehem. Verfassungsgerichtspräsidenten Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, der konstatiert habe, daß „die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit noch nie so tief wie derzeit“ gewesen sei und die „Leitplanken des deutschen und europäischen Asylrechts gesprengt“ worden seien.

Abschließend stellt Erika Steinbach fest:

„Die Tatsache, daß sowohl die Mehrheitsfraktion als auch der Bundestag insgesamt zunehmend dramatisch übergangen werden, ist verstörend. Daß die Regierungsfractionen das mit sich machen lassen, stellt kein gutes Zeugnis aus.“

Möglich geworden ist es auch durch die Medienunterstützung der Regierungspolitik in diesen Fragen und häufig öffentliches Anpran-

gern all jener, die diese Regierungspolitik hinterfragen und kritisieren. Das ist eine bedrückende Feststellung für unsere Demokratie.“ (Ende Zitat Steinbach)

Schlußbemerkung

Ich weiß nicht, wer Angela Merkel den Titel „Mutti“ verliehen hat. Diese Begriffswahl ist ein grober Mißgriff – und eine Verkennung dessen, was eine gute Mutter für ihre Kinder tut. Mir scheint „Mutti Merkel“ jedenfalls eher der Typ Stiefmutter zu sein, die sich „herzlich“ wenig um die ihr fremden Kinder kümmert; denn sie überläßt sie einer ungesicherten Zukunft.

Und solange ihr Stil der der deutschen und europäischen Politik bleibt, solange werden die Probleme täglich wachsen – bis Deutschland erstickt ist.

Peter Helmes

Dank:

Mein besonderer Dank für ihre wertvolle Hilfe bei der redaktionellen Arbeit an dieser Publikation gilt meinen Freunden Thomas Böhm, Chefredakteur der Medienplattform „Journalistenwatch“, dem Arzt und Philosophen Heinz Ess sowie dem renommierten Islamkritiker Michael Mannheimer.

Der Autor

Der Volkswirt und Philosoph Peter Helmes (Peter.Helmes@t-online.de), ehemaliger Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung und Mitglied im Wahlkampfstab von Franz-Josef Strauß, war Mitbegründer der Deutschen Konservativen und arbeitet seit 1996 als freiberuflicher Publizist. Er ist u. a. Träger des „Pour le Mérite Européen“ für seine Verdienste um ein Europa der Vaterländer und der „Lobkowicz-Medaille“ für die Förderung des Mittelstandes.



Helmes lehrte von 1991–2011 als freiberuflicher Dozent zu den Bereichen Lobbying sowie Medien am Institut für Verbands- und Genossenschafts-Management der Universität Freiburg (CH) und ist Autor von mehr als dreißig Büchern und Taschenbüchern (meist bei den Deutschen Konservativen erschienen) sowie Chefkorrespondent des Deutschland-Magazins. Im Mittelpunkt seiner publizistischen Arbeit stehen der Kampf gegen den Zeitgeist, die Grünen, die „Sozialdemokratisierung“ der Politik und die DGB-Gewerkschaften.

